

Wohin soll sich Europa entwickeln?

Zusammenfassung der Podiumsdiskussion

11. Juni 2002

gemeinsame Veranstaltung mit dem Dr. Karl Renner Institut

Am Podium:

Caspar Einem, Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat, österreichischer Vertreter im EU-Konvent

Proinsias de Rossa, MEP, Vertreter des irischen Parlaments im Konvent

Slavko Gaber, Vertreter des slowenischen Parlaments im EU-Konvent

Maria Berger, MEP, Ersatzmitglied des Europäischen Parlaments im EU-Konvent

Moderation:

Trautl Brandstaller, Journalistin

Das Thema des Abends war die Zukunft der Europäischen Union und die Rolle des EU-Konvents in der Entwicklung neuer Grundlagen des vereinten Europas. Dabei soll einerseits bis 2004 eine Verfassung der Union erarbeitet und andererseits die Debatte über die Erweiterung abgeschlossen werden. In diesem Zusammenhang stellte die Diskussionsleiterin Trautl Brandstaller an den Gast aus Slowenien, Slavko Gaber, die Frage über die Abgabe der Souveränität nach dem EU-Beitritt. Gaber wies darauf hin, dass in Slowenien von Anfang an Klarheit darüber geherrscht habe, dass der aus einer Kriegssituation herausgekommene Staat die aufkommenden Probleme nicht alleine lösen könne und deswegen Teil einer größeren Gemeinschaft werden solle, obwohl ein Teil der Bevölkerung mit dem Verlust der Souveränität sehr wohl Probleme habe.

Proinsias De Rossa ging auf das irische Referendum ein, womit der Vertrag von Nizza abgelehnt wurde und sprach über die Bemühungen Irlands, vor dem zweiten Anlauf eine Deklaration über die Unantastbarkeit seiner traditionellen Neutralität zustande zu bringen. Allerdings gebe es keine Garantie dafür, dass mit dieser Deklaration das Referendum positiv ausfallen würde. Der Hintergrund der ablehnenden Haltung irischer Wähler und Wählerinnen sei nicht nur das Gefühl, keinen Einfluss auf die Entscheidungen in der EU zu haben, sondern auch mangelnde Informationen über die Inhalte der Vereinbarungen von Nizza.

Maria Berger unterstrich historische Gründe des Demokratiemangels in der EU, wo früher Regierungsmitglieder unter sich wesentliche Entscheidungen gefällt haben und der Parlamentarismus eigentlich nur seit dem Vertrag von Amsterdam ausgebaut wurde, wobei es nach wie vor Lücken gebe. Die größten Defizite bestünden z.B. auf dem Gebiet Justiz und innere Sicherheit, wo so wichtige Entscheidungen wie die Neugestaltung eines einheitlichen Asylverfahrens in Europa sowie einer gemeinsamen Immigrationspolitik derzeit ausschließlich von den Innenministern beraten würden. Das mache die Intensivierung

parlamentarischer Debatten und Einsatz von direkten demokratischen Instrumenten notwendig. Eine der Aufgaben des EU-Konvents sei, Entscheidungen auf der EU-Ebene transparenter für die Bürger zu machen.

Caspar Einem berichtete über die Arbeit des EU-Konvents und wies darauf hin, dass sich die Diskussionen dort entgegen herrschender Medienberichterstattung nicht auf der Ebene der Auseinandersetzungen großer Mitgliedsstaaten mit den kleinen abspielten. Es bestehe weitestgehend Konsens darüber, dass man von der Drei-Säulen-Struktur im Bereich Justiz und Inneres mit ihren spezifischen schwerfälligen Regelungen - z.B. Einstimmigkeit im Rat - hin zu den Regelungen der ersten Säule - Mehrheitsentscheidungen, Mitentscheidung des Europäischen Parlaments und rechtsstaatliche Kontrolle durch den Europäischen Gerichtshof - abgehen sollte. Ein gemeinsames Verständnis der Konventmitglieder sei, so Slavko Gaber, dass solche grundsätzlichen Regelungen in einer EU-Verfassungsvereinbarung niedergeschrieben werden sollten.. Das werde unter anderem eine gemeinsame europäische Identität stärken. Maria Berger unterstützte die Zweiteilung der Verträge, in dem nur der Grundlagenteil weiterhin der Einstimmigkeit bedürften und der andere Teil durch ein vereinfachtes Verfahren weiterentwickelt werden würde.

Die irische Labor Party habe, so Proinsias De Rossa, mehrere Vorschläge zur Demokratisierung der EU eingebracht, die vor allem mehr Befugnisse für das Europäische Parlament bedeuten würden. Außerdem müsse die Verantwortung nationaler Politiker für ihre Politik auf der EU-Ebene gesteigert werden. Dazu könne z.B. die Anhörung einzelner Minister in den nationalen Parlamenten vor ihrer Teilnahme an den Ministerratssitzungen sowie ihre Berichterstattung nach der Rückkehr aus Brüssel beitragen. Ein anderer Vorschlag betreffe die Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament, was naturgemäß Einfluss auf die Wahl der Kommission haben werde.

Einen neuen Aspekt brachte Caspar Einem in die Diskussion, indem er auf die unterschiedlichen Rechte nationaler Parlamente gegenüber einzelnen Ministern hinwies, vor allem was Vorschläge der Opposition betreffe. Einzelne Minister würden in Brüssel nationale Interessen vertreten, dabei aber oft das gesamte europäische Projekt aus den Augen verlieren. Im EU-Konvent gibt es dazu zwei Vorschläge: zum einen eine interparlamentarische Versammlung zu schaffen und zum anderen einen von Caspar Einem selbst eingebrachten Vorschlag, nämlich regelmäßige Besuche von Kommissionsvertretern bei den nationalen Parlamenten. Die Kommissionsvertreter würden über die Politik auf der EU-Ebene berichten und sich mit den Fragen der Parlamentarier auseinandersetzen. Dies würde die Chance bieten, nicht nur von eigenen Ministern sondern auch von

Kommissionsmitglieder bzw. Ministern aus anderen Ländern, die für die Union agieren, über die EU-Politik informiert zu werden.

In der Diskussion wies Proinsias De Rossa, der unter anderem dem internen Sozialausschuss sozialdemokratischer EU-Parlamentarier vorsitzt, darauf hin, dass die Frage des privaten oder öffentlichen Eigentums im kommunalen Bereich wesentlich durch die politische Ausrichtung von Entscheidungsträgern abhängt und durch die EU-Verträge nicht vorbestimmt sei. Allerdings bestimme Artikel 16 des Amsterdamer Vertrages von 1998 einerseits weiteren Schutz und Unterstützung für die öffentlichen Dienstleistungen, andererseits verpflichte Artikel 86 Erbringer öffentlicher Dienstleistungen zum Wettbewerb. In diesem Zusammenhang schien Slavko Gaber die Frage der Qualität von Dienstleistungen und die chancengleiche Zugänglichkeit dazu wichtiger als die der Eigentumsverhältnisse. Caspar Einem habe im Konvent vorgeschlagen, im Rahmen der Demokratisierungsprozesse den Artikel 16 weiterzuentwickeln und den Bürgern das Recht zu gewähren, zwischen den kommunalen und privaten Anbietern selbst zu wählen. Dabei liege das Problem bei der Frage der Quersubventionierungen und des europäischen Wettbewerbsrechts., d.h., den Kommunen müssten genügend Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, die Leistungen so zu erbringen, dass sie für die Bürger attraktiv seien.